

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Ein Update für die Bildung – für einen zukunftsfähigen Bildungsföderalismus

Die deutsche Bildungslandschaft ist aus der Zeit gefallen

Die Bundesstaatlichkeit bildet einen der Grundpfeiler unserer Verfassung. Föderalismus garantiert Einheit in Vielfalt, Subsidiarität und Gewaltenteilung. Er erlaubt regionale Differenzierung und problemnahe Lösungen. Ausgerechnet aber Bildung als alleinige Kernkompetenz der Länder zu betrachten, ist aus der Zeit gefallen. Wir leisten uns 16 verschiedenste Schulsysteme, Lehrpläne und Prüfungsordnungen, aber stellen nicht sicher, dass die Schulbildung deutschlandweit höchste Qualität hat. Schulabschlüsse und die Voraussetzungen, diese zu erlangen, sind in Deutschland nicht vergleichbar. Ein Schulabschluss in Bremen oder Berlin muss endlich so hohe Standards erfüllen wie ein Abschluss in Bayern oder Sachsen. In einer globalisierten Welt müssen alle Schüler in Deutschland die gleichen Chancen haben – unabhängig von ihrem Bundesland. Denn in Zeiten der Globalisierung steht Bremen nicht mehr mit Bayern im Wettbewerb, sondern Deutschland als Ganzes mit Nordamerika und China. Dem verfassungsrechtlichen Anspruch auf gleiche Lebens- und somit auch Chancenverhältnisse können Bund und Länder nur in gemeinsamer Verpflichtung begegnen.

Der schulpolitische Flickenteppich wird immer mehr zur Belastung für Schüler, Lehrer und Eltern. Ein Umzug in ein anderes Bundesland ist für die meisten Familien aufgrund der verschiedenen Leistungsanforderungen eine Zumutung. Bereits am Ende der Grundschule müssen Viertklässler in Bayern einen deutlich umfangreicheren Wortschatz erlernt haben als die Schüler in Bremen. Das setzt sich bis zum Abitur fort, das von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich schwer ist. So hat das Bundesverfassungsgericht 2017 ein „länderübergreifendes Vergleichbarkeitsdefizit der Abiturnoten“ gerügt und die Länder aufgefordert, das föderale Wirrwarr endlich zu beenden. Denn von der Abschlussnote hängen Lebenschancen ab. Bei den Bewerbungen um Ausbildungsplätze und an Hochschulen zählt die Abschlussnote – egal wie und wo sie erworben wurde.

1. Bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur sorgen für mehr Chancengleichheit

Der internationale Vergleich zeigt, wie wir bessere Schülerleistungen erreichen: die Ergebnisse von Schulen sind dort besser, wo es autonome Gestaltungsspielräume für die einzelne Einrichtung gibt aber möglichst

einheitliche Zielvorgaben. In Deutschland haben die Bildungseinrichtungen wenig Autonomie, dafür mangelt es an bundesweit einheitlichen Qualitäts- und Zielvorgaben. Umgekehrt wäre es besser.

Bundesweite Abschlussprüfungen verbessern somit nachweislich die Leistungen unserer Schüler. Auch 90% der Deutschen fordern mittlerweile laut ifo Bildungsbarometer bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur.

Deshalb fordern wir

Erster Schritt: Einführung eines bundesweiten Kernabiturs

Wir fordern in einem ersten Schritt die Einführung eines Kernabiturs in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik. Denn nur in diesen Fächern existieren bislang die für ein Kernabitur erforderlichen Bildungsstandards. Ein Kernabitur leistet einen wichtigen Beitrag zur Vergleichbarkeit und ermöglicht einen fairen Hochschulzugang. Denn nur, wenn einheitliche Prüfungen das Erlernte auch deutschlandweit überprüfen, wird aus der Unverbindlichkeit von Standards ein unausweichliches Ziel.

Ein Deutschland-Abitur wäre gut für alle: für die Schüler, die gerechtere Noten bekämen; für die Lehrer, die klare Zielvorgaben erhalten; und für das Abitur an sich, das nur dann einen Wert behält, wenn es für Hochschulen und Arbeitgeber wirklich etwas über den Absolventen aussagt.

Zukunftsfähige Bildungsstandards für alle Fächer

Jeder Schüler verdient es, beste Bildung zu erhalten – unabhängig vom Wohnort. Daher brauchen wir bundesweit einheitliche, ambitionierte Bildungsstandards in allen Fächern – auch um bundesweite Abschlussprüfungen in weiteren Fächern zu ermöglichen. Denn Bildungsstandards schaffen die Grundlage für zukunftsfähigen Unterricht mit der Vermittlung von Wissen, Fachlichkeit und grundlegenden Kompetenzen. Die bis zu 15 Jahre alten Bildungsstandards wurden bislang nur für einzelne Fächer entwickelt. So fehlen sie etwa für die Naturwissenschaften in der Oberstufe oder die Politische Bildung gänzlich. Die bereits bestehenden Bildungsstandards sind oftmals veraltet. Die Bildungsstandards für die Mittlere Reife im Fach Deutsch stammen aus dem Jahr 2003. Einer Zeit als Smartphones und Tablets noch Science-Fiction waren. Die Ansprüche an die Lesekompetenz haben sich durch die digitale Welt grundlegend gewandelt.

Schüler arbeiten morgen in Jobs, die es heute noch nicht gibt. Deshalb müssen sie optimal darauf vorbereitet werden. Das geht nicht mit veralteten Lehrplänen aus einer Zeit als das Internet noch Neuland war. Daher müssen zukunftsfähige Bildungsstandards für alle Fächer etabliert, gemonitort und

evaluiert werden. Verbindliche und ambitionierte Bildungsstandards führen zu besseren Lernerfolgen aller Schüler.

Ziel: Beste Chancen durch bundesweite Abschlussprüfungen für Abitur und Mittlere Reife

Ein bundesweites Abitur sorgt für mehr Chancengleichheit. Mit der Entwicklung zukunftsfähiger Bildungsstandards werden bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur in weiteren Fächern möglich. Bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife werten den Schulabschluss auf und garantieren das notwendige Maß an Harmonisierung auf dem Weg zu einem Chancenabitur. Die Vergleichbarkeit der Abschlussprüfungen wird auch durch einen gemeinsamen Bewertungsmaßstab sichergestellt.

Doch nicht nur die Abschlussprüfungen, deren Anzahl und die zugelassenen Hilfsmittel müssen vergleichbar sein, sondern bereits die Leistungen während der Schulzeit. Bislang herrscht bei der Gewichtung der Oberstufenkurse Willkür: Schüler mit identischen Leistungen in identischen Kursen haben – je nach Land – unterschiedliche Abschlussnoten. Eine weitergehende Harmonisierung – etwa über die Anzahl einzubringenden Kurse oder in der Lehrerbildung – ist notwendig.

Das Einvernehmen über gemeinsame Standards und bundesweite Abschlussprüfungen sollte auch im Interesse der Länder sein: Sie können weiterhin autonom und eigenverantwortlich die bestmöglichen Wettbewerbsbedingungen für ihre Schulen organisieren.

2. Wir brauchen mehr Innovationen und Qualitätssicherung in der Bildung

Das Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) an der Humboldt-Universität Berlin wird seit 2004 durch alle Bundesländer gemeinsam getragen. Das renommierte Institut ist für Bildungsinnovationen und Qualitätssicherung in der Bildung zuständig: Das IQB entwickelt die nationalen Bildungsstandards und erstellt den freiwilligen Aufgabenpool für die Abiturprüfungen.

Das bestehende Potential des IQBs wird jedoch kaum genutzt. Anstatt dem Institut eine Ausstattung zu geben, die auch im internationalen Vergleich mithalten kann, haben sich die Länder auf eine Minimalvariante geeinigt, die nur wenig Mittel zur Verfügung hat. Das IQB erhält jährlich acht Millionen Euro, um Innovationen und Qualitätssicherung in der Bildung zu gestalten. Mittel für den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Schulen fehlen fast vollständig. Dabei brauchen wir gerade in Deutschland mehr Innovationen in der Bildung.

Deshalb fordern wir

Eine nationale Einrichtung für Bildungsinnovationen und Qualitätssicherung

Wir Freie Demokraten fordern mehr Investitionen in Bildungsinnovationen. Wir wollen das IQB zu einer nationalen Einrichtung für Bildungsinnovationen und Qualitätssicherung ausbauen. Zukünftig soll das IQB auch als beratender Thinktank für die Bildungspolitik agieren können. Das so aufgewertete IQB muss daher mit ausreichend – auch international besetzten – Forschungsstellen besetzt werden. Das unabhängige IQB kann dann anspruchsvolle Standards für weitere Schulfächer entwickeln, die bestehenden zukunftsfähig machen, verbindlich evaluieren sowie die Aufgaben für die bundesweiten Abschlussprüfungen konzipieren. Eine nationale Einrichtung für Bildungsinnovationen und Qualitätssicherung sollte ein systematisches Monitoring des Bildungssystems und innovativer Lehransätze vornehmen, gesammelte Bildungsdaten zielführend und transparent nutzen sowie wirksame Bedarfsanalysen bildungspolitisch relevanter Themen erstellen können.

Länder und Bund fördern gemeinsam Bildungsinnovationen und Qualitätssicherung

Länder und Bund sollten gemeinsam die Verantwortung für eine nationale Einrichtung für Bildungsinnovationen und Qualitätssicherung tragen, etwa um die Möglichkeiten des neuen Artikel 104c GG evidenzbasiert zu nutzen sowie die umgesetzten Maßnahmen auf ihre Steigerung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens zu evaluieren. Denn nur gemeinsam können Länder und Bund den gestiegenen Herausforderungen an unser Bildungssystem begegnen.

Von Daten zu Taten: Ein Institut für beste Schulpraxis

Die Idee stammt aus der Medizin und bildet seit zwei Jahrzehnten die Basis der evidenzbasierten Behandlungspraxis. Wir wollen am IQB eine Brücke zwischen Bildungsforschung und Schulpraxis bauen. Eine von Ländern und Bund gemeinsam getragene, zentrale Wissenschaftstransferstelle für Bildung sammelt, sichtet und bewertet zunächst zu einer konkreten Frage alle weltweit vorhandenen Studien: wie reduziert man am wirkungsvollsten die Zahl der Schulabbrecher, wie lernen Kinder aus bildungsschwachen Familien am besten? Auch in der Digitalen Bildung können wir von internationalen Erfahrungen anderer Länder und Studien lernen. Anschließend werden die Ergebnisse in verständliche Handreichungen für Schulpraxis und Bildungspolitik übersetzt. In Neuseeland werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse durch Weiterbildungen an die Schulen gebracht. Nach neuseeländischem Vorbild sollte Lehrern durch Weiterbildungen die neusten Ergebnisse der empirischen Forschung nahegebracht werden.

3. Bessere Bildung durch einen modernen Bildungsföderalismus

Die vom Bundestag und Bundesrat beschlossene Änderung des Grundgesetzes mit Artikel 104c war ein Schritt in die richtige Richtung. Wir Freien Demokraten hätten uns mehr gewünscht. Wir sind weiterhin überzeugt: Die Festlegung von bundesweit einheitlichen und ambitionierten Bildungsstandards und deren verbindliche Durchsetzung, neue Aufgaben und Möglichkeiten im Zuge der Digitalisierung sowie die Qualifizierung und medienkompetente Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals und die damit verbundene notwendige Ressourcenausstattung können Bund und Länder nur gemeinsam und im verfassungsrechtlich abgesicherten Dialog erfolgreich leisten.

Deshalb fordern wir

Einen zukunftsfähigen Bildungsföderalismus

Wir halten an unserem grundsätzlichen Ziel fest, über einen geänderten Artikel 91b Absatz 2 GG dafür Sorge zu tragen, dass Bund und Länder auf Grund von Vereinbarungen zur Sicherstellung der Qualität, der Leistungsfähigkeit und der Weiterentwicklung des Bildungswesens zusammenwirken können. Denn die übergreifenden gesamtgesellschaftlichen Anforderungen müssen sich auch in den Kooperationsstrukturen abbilden, um dem gemeinsamen Interesse an angemessenen und zukunftsorientierten Lösungen gerecht zu werden. Somit würde die verfassungsrechtliche Grundlage für einen modernen Bildungsföderalismus im 21. Jahrhundert geschaffen und dadurch die Verfassungsklarheit gestärkt.

Wir wollen, dass der Bund die Entwicklung von bundesweit einheitlichen und ambitionierten Bildungsstandards befördert und unterstützt, die Länder innerhalb dieser gemeinsam gesetzten Standards ihre Schulsysteme ausgestalten und die Schulen vor Ort eine möglichst große Freiheit haben, wie sie die Bildungsstandards erreichen können.

Ansprechpartner:

Katja Suding MdB, stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag,
Telefon: 030 227 - 75415 - E-Mail: katja.suding@bundestag.de